

27.01.2009

## **Pressemitteilung von Klaus Ernst, Katja Kipping**

### **Hartz IV mit einer bedarfsdeckenden sozialen Mindestsicherung überwinden**

**Die Fraktion DIE LINKE hat heute einstimmig Vorschläge für eine bedarfsdeckende soziale Mindestsicherung beschlossen. Dazu erklären Klaus Ernst, stellvertretender Vorsitzender von Partei und Fraktion DIE LINKE, und Katja Kipping, stellvertretende Parteivorsitzende und sozialpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE:**

„Hartz IV ist Armut per Gesetz. SPD und Grüne wie Union und SPD haben mit Unterstützung der FDP Millionen Menschen in ein System gezwungen, das Erwerbslose mit einer entwürdigenden Schnüffelpraxis gängelt und von Repression und sozialer Ausgrenzung geprägt ist. Zehntausende Widersprüche und Klagen zeigen, dass Hartz IV nicht nur ein schlechtes, sondern auch ein schlecht gemachtes Gesetz ist. Das Prinzip „Jede-Arbeit-ist-besser-als-keine“ entzieht Erwerbslosen und Erwerbstätigen gleichermaßen den Boden für die Durchsetzung ihrer Interessen und ihrer Würde, so dass Deutschland mittlerweile den größten Niedriglohnsektor aller Industriestaaten hat.

DIE LINKE ist angetreten, Hartz IV zu überwinden und einen wirksamen, verlässlichen, repressions- und diskriminierungsfreien Schutz vor Armut und sozialer Ausgrenzung zu gewährleisten. Mit unseren Vorschlägen für eine bedarfsdeckende soziale Mindestsicherung wird die Hartz IV-Logik durchbrochen und eine Perspektive für eine menschenwürdige soziale Absicherung eröffnet.

Die bedarfsdeckende soziale Mindestsicherung wird nach folgenden Grundsätzen gestaltet:

- Einen Rechtsanspruch auf Mindestsicherung haben alle Menschen, die über kein ausreichendes Einkommen oder Vermögen verfügen, um ihren sozialen und kulturellen Mindestbedarf zu decken, und die rechtmäßig in der Bundesrepublik Deutschland leben, einschließlich der Flüchtlinge.
- Die Mindestsicherung orientiert sich am Individualprinzip, d.h. jeder bedürftige Mensch hat unabhängig von seinem Familienstand einen eigenen Anspruch. Unterhalt nach dem BGB wird als Einkommen angerechnet. Nicht realisierte Unterhaltsansprüche werden auf den Träger der Mindestsicherung übergeleitet und von diesem zur Refinanzierung beigesteuert. Die Bedarfsgemeinschaft wird abgeschafft. Nichteheleiche Lebensgemeinschaften haben keine wechselseitige Unterhaltsverpflichtung
- Eine Bedarfsbemessungskommission, in der auch die Betroffenen vertreten sind, ermittelt den Bedarf für das soziokulturelle Existenzminimum und legt auf dieser Grundlage die Regelsätze und Mehrbedarfe für bestimmte Personengruppen fest, die jährlich entsprechend der Preisentwicklung dynamisiert werden. Für Kinder und Jugendliche erfolgt eine Bedarfsermittlung für eine eigenständige Mindestsicherung.
- Der Eckregelsatz wird in korrekter Umsetzung der Regelsatzbemessung nach dem SGB II sofort auf 435 € für Alleinstehende (Wert 2008) erhöht. Als Sofortmaßnahme zur Bekämpfung von Kinderarmut wird die Höhe der Mindestsicherung für Kinder wie folgt angesetzt: Bis-zu-5-Jährige erhalten 276 €, 6-bis-11-Jährige 332 € und 12-bis-18-Jährige 358 €. Die Kindergelderhöhungen ab 2009 werden erst angerechnet, sobald die Höhe der Mindestsicherung für Kinder bedarfsdeckend bemessen ist.
- Wohnkosten werden in Höhe der tatsächlichen Aufwendungen (Kaltmiete plus Heiz- und andere Nebenkosten) übernommen, solange die Miete den Mittelwert des örtlichen Mietspiegels für eine Wohnungsgröße des Haushalts nach Kriterien des sozialen Wohnungsbaus nicht um mehr als 10 Prozent übersteigt. Ein Umzug – frühestens nach einem Jahr Übergangsfrist – ist unzumutbar, wenn er eine soziale Härte darstellt oder wenn die Kommune keine angemessene Ersatzwohnung nachweisen kann.
- Die Fiktion eines „Ansparens“ von Mitteln aus den Regelleistungen zur Deckung von Sonderbedarfen wird aufgegeben. Die Mindestsicherung kann nicht auf alle individuellen Problemlagen und Wechselfälle des Lebens reagieren, so dass Sonderbedarfe zu finanzieren sind.
- Eigenes Einkommen und/oder Vermögen sind vorrangig einzusetzen. Um den Leistungsanspruch und seine Höhe festzustellen, ist eine Bedarfsprüfung unerlässlich. Diese wird auf ein bürgerrechtlich vertretbares, die Würde der Leistungsberechtigten achtendes Maß zurückgeführt. Wohnungsbesuche durch sog. Bedarfsermittlungsdienste werden abgeschafft. Sparguthaben oder ähnliches bleiben bis zu

einer Höhe von 20.000,- Euro pro Person anrechnungsfrei. Das Schonvermögen für die Altersvorsorge wird in der Ansparphase auf 700,- Euro pro Lebensjahr angehoben.

- Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung („Ein-Euro-Jobs“) werden durch den Ausbau regulär-tariflicher öffentlicher Beschäftigung ersetzt. Leistungsberechtigte haben Zugang zu allen Angeboten der Arbeitsförderung nach dem SGB III. Die Teilnahme an Maßnahmen der Arbeitsförderung ist freiwillig. Die bisherige Pervertierung der Arbeits- und Integrationsförderung wird grundsätzlich revidiert. Das Sanktionsregime des Konzepts „Fördern und Fordern“ wird abgeschafft.

- Die Bestimmungen für die Zumutbarkeit von Arbeitsangeboten sind grundlegend zu reformieren. Arbeit gilt erst dann als zumutbar, wenn sie ein Existenz sicherndes Einkommen schafft (bzw. einem gesetzlichen Mindestlohn nach Einführung entspricht), die berufliche Qualifikation der Betroffenen in Wert stellt, die Ansprüche an die Flexibilität und die Fahrtzeiten senkt und die nicht gegen die politische und religiöse Gewissensfreiheit verstößt.

- Leistungsberechtigte sind grundsätzlich verpflichtet, sich um Existenzsicherung durch eine entsprechende Erwerbstätigkeit zu bemühen. Es liegt in der Verantwortung des Staates, Rahmenbedingungen für ausreichend Existenz sichernde Arbeitsplätze zu schaffen. Es liegt in der Verantwortung des Einzelnen, zumutbare Arbeit zur menschenwürdigen Gestaltung seines Lebens zu nutzen. Insofern strebt die Linke keine Wahlfreiheit zwischen der Aufnahme zumutbarer Arbeit und dem Bezug von Leistungen der Mindestsicherung an. Jede und jeder hat das Recht, mit aufschiebender Wirkung die Zumutbarkeit angebotener Arbeit bezogen auf Leistungen nach dem SGB III (Arbeitslosengeld) überprüfen zu lassen. Der Schutz der Menschenwürde und insbesondere des Kindeswohls verbieten die Kürzung von Leistungen der gesetzlichen Mindestsicherung.

Eine bedarfsdeckende soziale Mindestsicherung nach diesen Grundsätzen bricht mit Hartz IV und ist der entscheidende erste Schritt, um Armut in Deutschland wirksam und nachhaltig zu überwinden. Die Aufgabe, Armut zu vermeiden und soziale Teilhabe zu ermöglichen, kann allerdings nicht von einem Mindestsicherungssystem allein geleistet werden. Dafür braucht es insbesondere einen armutsfesten gesetzlichen Mindestlohn und die Fortentwicklung der Sozialversicherungen zu Bürger- bzw. Erwerbstätigenversicherungen, in denen das Solidarprinzip gestärkt wird und zu deren Finanzierung hohe und höchste Einkommen angemessen herangezogen werden.“

31.01.2009

**»Den Kompromiß vertreten wir jetzt gemeinsam«**

**Die Linksfraktion im Bundestag verzichtet in einem Papier zur »Mindestsicherung« auf Sanktionen. Ein Gespräch mit Katja Kipping**

*Ralf Wurzbacher*

***Katja Kipping ist stellvertretende Bundesvorsitzende der Partei Die Linke und sozialpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion***

***Der in dieser Woche von der Linksfraktion im Bundestag gefaßte Beschluß zum Modell einer »bedarfsdeckenden sozialen Mindestsicherung« fiel einstimmig aus, erhielt also auch Ihren Segen. Können Sie nachvollziehen, daß einige Ihrer Genossen das enttäuscht?***

Die Fraktion hat sehr deutlich gemacht, daß es sich dabei um Vorschläge handelt, die nun in der Partei diskutiert werden. Letztlich entscheidet der Parteitag. Beim vorgelegten Papier handelt es sich um einen Kompromiß, bei dem sich beide Seiten bewegen mußten – der stellvertretende Fraktions- und Parteivorsitzende Klaus Ernst ebenso wie ich.

***Dennoch mußten Sie wie auch Ernst in bestimmten Punkten klein begeben. Wo trägt das Papier Ihre Handschrift?***

Das Papier unterstreicht einerseits den Vorrang der Erwerbsarbeit und formuliert den moralischen Anspruch, daß zumutbare Arbeitsangebote auch angenommen werden. Andererseits bekennt es sich klar zum Prinzip der Sanktionsfreiheit. Es heißt darin wörtlich: »Der Schutz der Menschenwürde und

insbesondere des Kinderwohls verbieten die Kürzung von Sozialleistungen.« Dieser Satz war entscheidend für meine Zustimmung. Das heißt, auch im Falle der Ablehnung einer zumutbaren Arbeit ist von Sanktionen abzusehen.

**Ein Grundprinzip von Hartz IV besteht darin, soziale Sicherung als Ausnahme zur Erwerbsarbeit zu begreifen. Warum brechen Sie nicht mit dieser Logik?**

Der zentrale Mißstand an Hartz IV ist das Prinzip »Fördern und Fordern« und das daran gekoppelte Sanktionsregime. Vom Sanktionsprinzip verabschiedet sich der Fraktionskompromiß eindeutig, indem wir sagen, der Vorrang der Erwerbsarbeit drückt sich in Angeboten und Beratung, aber eben nicht in Zwangsmaßnahmen aus. Das ist ein gewaltiger Fortschritt.

**Die im Papier formulierte »Verpflichtung«, sich um Erwerbsarbeit zu »bemühen«, und das Bekenntnis zur »Sanktionsfreiheit« ist demnach nur ein semantischer Widerspruch?**

Es ist doch Ausdruck eines begrenzten pädagogischen Verständnisses, daß sich ein Anspruch nur durch Sanktionen umsetzen ließe. Gute Arbeitsangebote und gute Beratung sind doch viel geeigneter beim Kampf gegen ungewollte Erwerbslosigkeit.

**Aber was wird mit denen, die keine Lust auf Lohnarbeit haben, die ehrenamtlich tätig sind oder Familienarbeit verrichten?**

Auch jene, die eine zumutbare Arbeit ablehnen, müssen keine Sanktionen fürchten. Auch in diesen Fällen wird die Mindestsicherung nicht gekürzt. So steht es in unserem Beschluß.

**Darin steht auch ein Eckregelsatz von 435 Euro. Die Erwerbslosenbewegung hätte sich mindestens 500 Euro gewünscht.**

Die Höhe des Satzes ist ein Streitpunkt. Mildernd kommt aber hinzu, daß wir für einen Individualanspruch auf soziale Sicherung plädieren, unabhängig vom Familienstand. Das bedeutet nichts weniger als das Ende der Bedarfsgemeinschaften. Deren Abschaffung war eine zentrale Forderung der Erwerbslosenbewegung, die wir aufgegriffen haben.

**Die beklagt sich aber, daß man auch mit 435 Euro im Monat arm bleibe.**

Der Betrag ist nicht das Ende der Fahnenstange. Die Fraktion hat schließlich auch betont, daß die Höhe der Mindestsicherung jährlich angepaßt werden soll. Und in der dafür zuständigen Kommission sollen auch Erwerbslosenvertreter mitwirken.

**Besagte »Bedarfbemessungskommission« soll sich allerdings, wie schon bei Hartz IV der Fall, am »soziokulturellen Existenzminimum« orientieren. Sie wollten dagegen die gültige Armutsgrenze als Maßlatte einziehen. Warum haben Sie sich in diesem Punkt geschlagen gegeben?**

Warum denkt man bei den Medien immer in Kategorien von Siegern und Besiegten? Noch einmal: Es handelt sich um einen Kompromiß, und für den werben wir nun auch gemeinsam.

**Ist Ihr Herzensthema eines bedingungslosen Grundeinkommens jetzt vom Tisch?**

Es ging in der Debatte innerhalb der Fraktion nicht ums Grundeinkommen, sondern um die Ausgestaltung einer linken Mindestsicherung, mit der wir in den Wahlkampf ziehen. Die Debatten ums Grundeinkommen sowie um ein erweitertes Verständnis von Arbeit jenseits der Erwerbsarbeit sind und werden Teil der Parteiprogrammdebatte sein.